

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 77-1 vom 19. August 2026

Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Johann Wadephul,

bei der Schweizer Botschafterkonferenz
am 19. August 2026 in Bern:

Guten Tag und „Moin“! Das sagt man im Norden Deutschlands und ich versuche, es ähnlich populär zu machen wie das „Grüezi“. Es gelingt mir noch nicht ganz und ich hoffe, dass mein jetziges Amt mir dabei hilft, das auch international mehr umzusetzen. Vielen herzlichen Dank für die sehr freundliche Einladung.

Als Herr Bundesrat Cassis und ich uns das letzte Mal trafen, war das in Berlin, Anfang Juni. Da haben wir mit einer gewissen Anspannung – ich jedenfalls, Dir, lieber Ignazio, hat man das natürlich nicht angemerkt – auf die Schweizer Innenpolitik geblickt.

Die Zehn-Millionen-Initiative ist ja nun, wie es sich für die Schweiz gehört, entschieden worden. Und ehrlich gesagt glaube ich, viele in Deutschland atmen ein bisschen auf. Denn, das ist schon angesprochen worden, die Schweiz ist für die Deutschen mehr als nur eine schöne Bergkulisse. Sie ist für viele eine zweite Heimat geworden. Der Austausch zwischen unseren Ländern ist eng und intensiv. Das hätte sicherlich mit dem Erfolg der Initiative ein bisschen anders ausgesehen. Das hätte uns nie entzweit, dafür sind wir viel zu eng miteinander verflochten. Aber es hätte den Charakter unserer Beziehungen als Nachbarländer verändert. Und so bin ich sehr dankbar, dass die Schweizer Bürgerinnen und Bürger das anscheinend auch so gesehen haben.

Aber was ich sagen möchte: Der Kernsatz, den Du, lieber Ignazio, hier wiederholt hast, ist auch der, der hier direkt auf der zweiten Seite meiner Rede steht: „Innenpolitik ist

Außenpolitik und Außenpolitik ist Innenpolitik.“ Das ist einfach richtig. Das gilt für Deutschland und das gilt für fast alle Länder der Welt.

Die Verknüpfung zwischen Innen- und Außenpolitik wird immer enger und darauf müssen wir auch als Außenpolitiker miteinander reagieren. Sie wird nämlich sehr viel deutlicher in diesen Zeiten der Anspannung, der Krise. Und an Krisen mangelt es ja nicht. Wir spüren ihre Auswirkungen ganz konkret tagtäglich in unserem Leben.

Es ist aber gar nicht so einfach, die Verbindung zwischen den Bildern einer fernen Krise und den Auswirkungen in unserem Alltag herzustellen. Die Wirkzusammenhänge sind komplex. Dabei aber rasend schnell geworden, wie das sicherlich vor einigen Jahrzehnten noch nicht der Fall gewesen ist.

Ich habe neulich mal gesagt: „Raketen, die wir nicht sehen, verändern den Sprit, den wir tanken“. Das gilt nicht nur für den Preis, sondern für die Substanz des Treibstoffs. Wussten Sie eigentlich, dass die Europäische Union (EU) im zurückliegenden Juni 25 Prozent ihres Kerosinbedarfs mit Angeboten aus Nigeria deckte? Als Ersatz für denjenigen Treibstoff, den wir normalerweise aus anderen Regionen, insbesondere aus der Golfregion, bezogen hätten. Das zeigt die Notwendigkeit unserer Diversifizierung. Ich glaube, das müssen wir in jeder Hinsicht, was die wirtschaftlichen Abhängigkeiten angeht, was die Vulnerabilitäten angeht – definitiv, was Märkte angeht, aber auch, was Bezugsquellen angeht.

Diversifizieren ist eine der Konsequenzen, die wir gezogen haben. Dass wir verletzlich sind, dass wir vulnerabler sind, das ist ein offenes Geheimnis. Es hätte dafür Covid-19 nicht gebraucht, die „Evergiven“ im Suezkanal, der andauernde russische Völkerrechtsbruch in der Ukraine, die Disruptionen in der Handelspolitik, Auswirkungen von Extremwetterereignissen auf Transportwege und Lieferketten.

Seit mehreren Jahren ist unsere Weltwirtschaft, die als globales Netzwerk hochsensibel auf Veränderungen reagiert, permanenten Erschütterungen ausgesetzt. Wir reagieren durch Diversifizierung unserer Wirtschaftsbeziehungen.

Sie haben erlebt, dass die EU Freihandelsabkommen mit anderen Regionen in einer Geschwindigkeit abgeschlossen hat, die es vorher nicht gegeben hat: Mercosur ist ein Beispiel, Indien ein anderes. Neue Bezugsquellen, neue Absatzmärkte und dadurch höhere wirtschaftliche Resilienz, das sind einige der Wege, die wir gehen.

Auf der anderen Seite konsolidieren wir das, was wir an verlässlichen Partnerschaften haben. Festigungen unserer Partnerschaften weltweit. Das gilt für unsere bilateralen Verhältnisse. Deswegen bin ich hier in der Schweiz. Das gilt natürlich auch für die Bündnisse, ich werde gleich etwas dazu sagen. Das ist unsere Politik.

Unsere Außenpolitik hat zunächst den Anspruch, in der Welt nach Lösungen für unsere eigenen, inneren Herausforderungen zu suchen. Die sind nämlich enorm: Die Wirtschaftslage ist angespannt, der technologische Fortschritt transformiert die Verfasstheit unseres Staates sehenden Auges, der Klimawandel verändert die Art und Weise, wie wir leben, und die nicht immer einfache Energiewende strapaziert sowohl ihre Befürworter als auch ihre Gegner. Was das bedeutet, das sehen wir überall – auch in Europa.

Das alles fordert Innovation und Zusammenarbeit. Und die Bereitschaft, auch von anderen zu lernen. In so einer Lage durch die Welt zu reisen und dann noch die Menschen belehren zu wollen, das schien mir dann doch etwas aus der Zeit gefallen zu sein.

Deswegen versuche ich nicht, alle Auslandsreisen mit erhobenem Zeigefinger, sondern mit einer Wirtschaftsdelegation durchzuführen, die sich dann vor Ort mit Politikern und Unternehmern vernetzt und neue Kooperationen anbaut. Davon profitieren die Unternehmen, die Wirtschaft und am Ende die Menschen in den jeweiligen Ländern. Kooperationsmöglichkeiten finden sich nämlich fast überall, wenn wir bereit sind, pragmatisch und mit Respekt auf die Partner zuzugehen.

Gerade erst war ich zu Gast in Mauretanien, Nigeria und Südafrika. Länder, mit denen wir bestimmt nicht immer sofort einer Meinung sind, beispielsweise mit Blick auf die deutsche Israel-Politik. Aber gerade in Südafrika, das sehr selbstbewusst auch auf der

multilateralen Bühne agiert, standen unsere gemeinsamen Herausforderungen im Vordergrund, und die Aspekte in unserer internationalen Politik, die uns vereinen. Ebenso wie unsere beiden Länder sieht Südafrika das Völkerrecht nämlich nicht als eine freundliche Empfehlung der Vergangenheit, sondern als Richtschnur für internationale Politik.

Dem kann ich nur zustimmen. Und das möchte ich auch gerade in diesen Stunden sagen, wo ein wichtiger Gerichtshof auf internationaler Bühne sich Kritik und auch Angriffen gegenüber sieht. Ich möchte jedenfalls für die Bundesregierung klären, dass wir hinter dem internationalen Strafgerichtshof und allen Richterinnen und Richtern stehen und fest davon überzeugt sind, dass sie eine wertvolle Arbeit machen, um für mehr Frieden und mehr Gerechtigkeit in unserer Welt zu sorgen.

Ich muss auch die wirtschaftlichen Interessen oder die unseres Bündnissystems in meine außenpolitische Betrachtung einbeziehen. Dafür bauen wir weltweit neue Partnerschaften auf. Wir festigen Bündnisse, die unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand in Deutschland und Europa sichern: Das sind klassischerweise die Nato und insbesondere die EU. Ich versuche daher, in der Welt nicht nur als deutscher, sondern auch als einer der EU-Außenminister aufzutreten. Viele Länder und Regionen, ich denke da an die schon erwähnten Mercosur-Staaten und Indien, aber ich könnte auch Australien hinzufügen, suchen Zugang zum EU-Binnenmarkt. Dadurch gewinnen wir unsererseits Zugang zu interessanten Märkten und Rohstoffquellen. Zugleich macht es uns in der Zollpolitik unabhängiger, weil es uns die Möglichkeit gibt, zusammen wirkungsvoll zu reagieren. Also deutsche Außenpolitik ist auf – ich nannte es vorhin Konsolidierung, vielleicht jetzt noch etwas klarer – die Festigung und die Stärkung der EU gerichtet.

Mir ist dabei bewusst, dass das Schweizer Verhältnis zur durchaus EU zwiesgespalten ist. Viele möchten in Brüssel den Bürokratiemoloch sehen – einige bei uns ja auch –, dessen Kommissare mit Klemmbrett und Maßband den Alltag der Bürgerinnen und Bürger verregulieren. Und ich gebe zu: Manche Politikfelder wurden in guter theoretischer Absicht in der Praxis stark verkompliziert. Aber sehen wir nicht gerade in den aktuellen unruhigen Zeiten den Mehrwert, den ein Bündnis vieler Staaten ausmacht?

Der gemeinsame Binnenmarkt ist ein Wachstums- und Innovationstreiber. Die EU kann als Sprachrohr vieler, durch die gebündelte Marktmacht mit den USA, anders verhandeln als Einzelne. Sie wird den Auswirkungen aggressiver chinesischer Wirtschaftspolitik die Stirn bieten. Und sie hält fest zusammen gegenüber einem imperialistischen Russland.

Ich glaube, hier sind wir in unseren Interessen auch mit der Schweiz vereint und ich werbe ganz offen und voller Überzeugung dafür, dass wir weiter auf eine enge Partnerschaft setzen. Meine Überzeugung ist, dass unser Zusammenhalt in Europa über den Kreis der EU-Mitgliedstaaten hinausgeht. Davon profitiert auch die Schweiz. Gemeinsam können wir die gesamteuropäische Wettbewerbsfähigkeit stärken. Deutschland steht bereit, um mit der Schweiz an unseren gemeinsamen europäischen Interessen zu arbeiten. Deutschlands Hand ist dafür immer ausgestreckt, und meine Tür steht Ihnen immer offen

Ein anderes Thema ist unsere Sicherheit. Da setzen wir selbstverständlich auf die Nato, die wir massiv stärken. Sie haben das verfolgt. Das Fünf-Prozent-Ziel werden wir noch deutlich vor der Zeit erreichen. Deutschland hat hier lange gezögert, wir sind zurück, wir sind jetzt Frontrunner dabei, die Verteidigungsfähigkeit für das Land und das Bündnis zu erreichen.

Zudem haben wir auf dem Gipfel in Ankara – die europäischen Nato-Alliierten und Kanada – uns geeinigt, gemeinsam die Ukraine mit militärischer Unterstützung im Umfang von mindestens 70 Milliarden Euro jeweils in diesem und im nächsten Jahr zu unterstützen. Wir wissen, dass wir der Ukraine Unterstützung schon aus Gründen der Selbstachtung schulden, weil wir das Völkerrecht verteidigen. Aber auch, weil wir wissen, was ein „Obsiegen“ Russlands politisch und wirtschaftlich für den ganzen Kontinent bedeuten würde. Deshalb appelliere ich überall in Europa für eine klare Haltung, eine Haltung an der Seite der Ukraine, natürlich auch hier in der Schweiz.

In der Sicherheit setzen wir aber natürlich auch auf die transatlantische Solidarität. Die wird von so manchem internationalen Beobachter gerne schlechtgeschrieben, und ja, einige Äußerungen aus Washington führen auch in Berlin zu Stirnrunzeln. Ich sage

aber in aller Deutlichkeit, und nach dem Gipfel in Ankara: Wir haben keinen Grund, an der Verlässlichkeit unserer amerikanischen Bündnispartner zu zweifeln. Wichtig ist dafür vor allem, dass wir in Europa die Verantwortung für die Sicherheit auf unserem Kontinent stärker übernehmen.

Ich las dazu auf dem Hinflug einen interessanten Artikel, weil Sicherheit ja nicht nur auf klassische militärische Sicherheit zu reduzieren ist. Dieser Artikel von einem Schweizer Journalisten von Anfang Mai trug die Überschrift: „Die Alpen sind Europas Straße von Hormuz“. In seinem Artikel beschreibt er die strategische Rolle der Alpenländer und insbesondere der Schweiz im europäischen Sicherheitsgefüge.

Wir schauen in unseren Analysen und Assessments gerne auf die Frontlinien in der Ukraine oder die Bedrohungslage entlang der Nato-Ostflanke. Wirklich vulnerabel sind wir aber dort, wo die grundlegende Versorgung unserer Bevölkerung infrage gestellt wird. Wo Russland und andere feindlich gesinnte Akteure hybrid gegen unsere Interessen vorgehen. Hier im Alpenraum verlaufen strategische Versorgungsrouten im Bereich der Energie, des Verkehrs, der Daten. Und ganz basal: des Wassers, wenn ich nur auf den Rhein schaue. Die Sicherheit der Schweiz ist deshalb von herausragender Bedeutung für die umliegenden Länder. Erweitern wir das klassische Sicherheitsverständnis, dann zeigt sich, dass die Schweiz trotz der geografischen Vorteile genauso vulnerabel ist, wie jeder andere Frontstaat.

Der Cyberangriff auf Liechtenstein vor wenigen Wochen hat gezeigt, dass auch ein Staat, der neutral und bündnisfrei agiert, Ziel eines Angriffs werden kann. Auch die Schweiz musste diese Erfahrungen jüngst machen, wenn auch in einem ganz anderen, kleineren Maßstab. Ich ziehe für mich daraus den Schluss, dass Neutralität alleine kein Garant für ein unbehelligtes Dasein ist. Sie kann Wehrhaftigkeit nicht ersetzen. Aber wem sage ich das.

Die aktuelle Debatte dazu in der Schweiz verfolgen wir natürlich mit besonderem Interesse, und für mich ist es bemerkenswert zu sehen, in welcher Qualität diese Debatte geführt wird. Ich habe mir die Argumente beider Seiten genau angesehen. Denn auch der Ausgang dieses inneren Schweizer Disputs wird Auswirkungen auf den Charakter

unserer Beziehung zueinander haben. „Sag, wie hältst du es mit der Neutralität?“, so könnte dieser Tage die Gretchenfrage der Schweizerinnen und Schweizer lauten.

Ich persönlich stehe der weltoffenen Schweiz als festen Teil Europas und ihrem Wesen der Neutralität mit größtem Respekt gegenüber. Ich glaube, das gilt für praktisch alle Deutschen. Und wir dürfen nicht außer Acht lassen, und ich weiß das, wir wissen das, dass die Schweizer Neutralität uns in der Welt der Diplomatie immer wieder große Dienste erwiesen hat und weiterhin wird. Weil sie flexibel und pragmatisch gelebt, und in großer Transparenz und Aufrichtigkeit diskutiert und erklärt wurde. Die Schweizer Neutralität wurde oft zum Wohle der internationalen Gemeinschaft eingesetzt.

Die Frage der Neutralität ist in meinen Augen auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit vor den eigenen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch vor den Partnern, Freunden und Nachbarn im Ausland. Ich glaube, Neutralität sollte nicht aus einer Schwäche und Angst heraus argumentieren und sich aus Kriegsbeschwörungen ableiten. Das tun sie auch nicht. Am Ende muss sie die Frage beantworten, wie sie die Verantwortung für die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen übernehmen möchte, die ihr Überleben sichern.

Bei aller Freundschaft, Vertrautheit und Kooperation zwischen unseren Ländern müssen wir eben anerkennen, dass wir in einem geopolitischen Umfeld agieren, das rauer und feindseliger geworden ist. Ich bin davon überzeugt, dass wir noch enger zusammenstehen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Exzellenzen, ich möchte mich noch einmal herzlich für die freundliche Einladung bedanken!

Es gibt noch viele Themen, die unsere beiden Länder bewegen, und die wir beide, lieber Ignazio, noch weiter diskutieren werden. Ich freue mich, diese Diskussion jetzt mit Ihnen allen fortzusetzen und bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.